

Posener Zeitung.

Nennigster Jahrgang.

Nr. 883.

Sonnabend, 15. Dezember.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 50 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten bei bester Reisezeit an.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung.

Berlin, 14. Dezember. Am Ministerthron: von Puttkamer. Präf. v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit der Mitteilung, daß der Abg. Dr. Schulz (Bochum) sein Mandat niedergelegt habe.

Die zweite Verathung des Staats wird fortgesetzt und zwar beim Ministerium des Innern.

Die Einnahmen betragen 4323 288 R.

Abg. Bachem: Die Stadtverwaltung von Köln hat beschlossen, nach Aufhebung der beiden untersten Stufen der Staatsklassensteuer auch den Kommunalzuschlag zu derselben zu beseitigen und den Ausfall durch einen erhöhten Zuschlag auf Einkommen von 8000 R. auswärts zu decken. Die Regierung zu Köln hat nur dem ersten Theile dieses Beschlusses ihre Zustimmung ertheilt, den Deckungsmodus aber für unzulässig erklärt und zwar mit Rücksicht auf ein älteres Registriert des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums. Diese Ablehnung ist höchst bedauerlich, und da diese Angelegenheit demnächst auch in anderen großen Städten zu entscheiden ist, so richte ich an den Herrn Minister die Anfrage, wie er sich zu der Deckungsfrage stellt.

Minister v. Puttkamer: Die vorgebrachte Frage ist in ihrem grundfächlichen Theile von ebenso hohem Interesse für die Regierung, wie für den Herren Abgeordneten. Die Regierung erkennt an, daß den Gemeinden nicht das Recht genommen werden könne, diesen Zuschlag zu beseitigen, aber es muß dies im Rahmen einer gerechten Kommunalbesteuerung sich halten. Gegen dieses Bestreben der Kommunen wird die Regierung stets ihr Entgegenkommen bestätigen. Den konkreten Fall anlangend, so stimmen meine Informationen mit denen des Abg. Bachem nicht überein. Es handelt sich nicht um einen noch schwedenden Beschluss der städtischen Behörden. Die Regierung zu Köln hat dem Beschlusse, soweit er sich auf die Deckung bezieht, ihre Zustimmung versagt und zwar de lege lata mit Recht. Die städtischen Behörden haben sich dabei beruhigt und einen andeuten Beschluss gefaßt, dabingehend, daß der Ausfall durch gleichmäßige Verteilung aller anderen Steuervollstreckungen gedeckt werden solle. Ich habe nicht gehört, daß die städtische Verwaltung von diesem Beschuß abzugehen beabsichtigt. Wenn die prinzipielle Frage zur Erörterung kommen soll, so muß ich darauf hinweisen, daß in dem Moment, wo die Staatsregierung eine organische Reform der direkten Personalstaatsverwaltung vorbereitet, die in diesen Tagen zum Abschluß steht werden soll, etwas möglich sein würde, von der Ministerbank eine Äußerung darüber zu provozieren. Wahrscheinlich wird dieser Entwurf eine gelinde Progression enthalten. In dem Augenblieke aber, wo das noch alles schwört, werden Sie von mir nicht erwarten können, daß ich mich über die Frage der Zulässigkeit einer progressiven Kommunalsteuer enthalten werde.

Abg. Bachem: Für Köln ist allerdings im nächsten Jahre nichts mehr zu ändern, aber weil auch in anderen Kommunen die Frage zu entscheiden ist, so wäre es interessant, die Stellung der Regierung zu erfahren. Die Antwort des Herrn Ministers war eine dilatorische, aber keine abweisende, und das genügt mir. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn die Sache demnächst an die Ministerialinstanz gebracht wird, die Entscheidung dahin lauten muß, daß das Ministerialregistriert nicht notwendig begründet und gegenüber unserer neuen Steuerverpolitik unhalbar ist. Gegenüber der verhältnismäßig höheren Belastung der unteren Klassen durch die indirekten Steuern (Sehr richtig! links) ist eine Entlastung von direkten Steuern herbeizuführen und ein Ausgleich in einer verhältnismäßigen Mehrbelastung der höheren Stufen zu suchen. Ich möchte den Kommunen, welche demnächst die Sache zu entscheiden haben, dringend anrathen, sich bei einem ablehnenden Entschluß ihrer Regierung nicht zu beruhigen, sondern die Ministerialinstanz anzurufen. (Bravo!)

Abg. von Enzen: Ich möchte nicht so weit gehen, jeder Kommunalvertretung, ein derartiges Besteuerungsrecht ohne gesetzliche Grundlage zugestehen, sonst könnten sämtliche Kommunalsteuern nach und nach auf die höheren Klassen gewälzt werden.

Die einzelnen Einnahmepositionen werden genehmigt.

Die dauernden Ausgaben sind auf 41,636 219 Mark veranschlagt.

Bei Tit. 1 (Ministergehalt) ergreift das Wort

Abg. Rickert: Die Erklärungen des Herrn Ministers über das geheime Stimmrecht bei den Kommunalwahlen können wir nicht auf sich beruhen lassen. Wir werden unseren Antrag in jeder Session wiederholen, bis die Sache durch das Gewicht ihrer Gründe gestellt hat. (Lärm rechts.) Was Herr v. Puttkamer über die Stellung der Staatsbeamten sagte, war uns in hohem Grade überraschend, nicht deshalb, weil wir meinten, der Minister däuble und handelte nicht so, wie er gesagt hat — Herr v. Puttkamer ist nichts Anderes, als der Chef der konservativen Partei und hat als solcher die Interessen derselben bei allen Amtshandlungen im Auge. (Lauter Widerspruch rechts.) Neberraschend war uns nur die Offenheit, mit der er Dinge, die das Land und die Beamten längst von ihm wissen, hier ohne Weiteres proklamirt; überraschend war uns, daß es dieser Seite des Hauses allein überlassen war, dagegen Protest zu erheben. Dagegen müßten von Rechts wegen alle Parteien protestieren. (Lachen rechts.) Wir müssen die Frage sofort beim Etat weiter behandeln, weil wir der Meinung sind, daß dies die Stelle ist, wo die Volksvertretung mitzuwirken hat. Der Minister erklärt, daß er bestimmte Kategorien von Beamten, welche ein ihm genehmes politisches Verhalten bei den Wahlen haben, die Vorteile zuwenden wird, deren Verfügung ihm zu Gebote steht. (Ruf rechts! hat er nicht gesagt!) So war der Wortlaut der Erklärung, Sie scheinen sich zu geniessen (Lachen rechts), ein Beweis, daß Sie auf dem Wege der Befreiung sind. Ich weiß nicht, ob der Minister gar nichts davon weiß, daß Beamte, die liberal gekannt haben, nicht befördert werden. Er sagte: Sehr verschieden von der Frage, ob solche Beamte benachtheiligt werden sollen, ist die Frage, ob die Staatsregierung die Pflicht oder sogar das Recht hat, dem Könige irgend einen Beamten zur Beförderung oder Ausszeichnung vorzuschlagen, der sich einer Agitation und notorischen Stellungnahme gegen die Staatsregierung schuldig gemacht hat, daß wäre antimonarchisch und selbstmörderisch. Keinen Beamten soll wegen seiner Zustimmung ein Nachteil treffen, aber sein Beamter soll sich der Illusion hingeben, daß, wenn er sich in dauernder Opposition mit der Regierung befindet, ihm Vorteile zugewendet werden, deren freie Verfügung gelegentlich in ihrer Hand liegen. — Diese dauernde Opposition dokumentiert sich doch durch die Abstimmung bei den Wahlen. (Ruf

rechts: Nein.) Es handelt sich lediglich um das Verhalten der Beamten bei den Wahlen. Da entsteht die Frage, ob wir einer solchen Staatsregierung, einem solchen Ministerium des Innern, noch Fonds für Remunerierungen zur freien Verfügung stellen sollen. Das ist eine Staatsfrage eminenten Ranges, weil die Gratifikationen nach diesen Grundfächern nicht nach dem Verdienste im Amt verteilt werden, sondern nach dem Verhalten bei den Wahlen. Nachdem im Reichstage der Kanzler sein Nachwort gesprochen hatte, trat der Herr Minister einen gedekten Rückzug an und sagte sogar: wenn Sie das einen Rückzug nennen, so habe ich nichts dagegen. Ich nehme an, daß der Vicepräsident jedes einzelne Wort Namens der Gesamtregierung gesprochen hat und kann einen Widerspruch zwischen ihm und dem Reichskanzler in der Gegenwart nicht gelten lassen. Sollen wir dem schreinen Missbrauch der von uns zu bewilligenden Fonds mit ruhiger Blute zusehen, wenn er als Wohlthätigkeitsfond für eine Parteirichtung benutzt wird. So ist es in Preußen nie gewesen, und wenn es so werden soll, so muß man wenigstens dagegen laut protestieren. Ich lade daher die linke Seite des Hauses und das Zentrum (Aha! rechts) — Sie haben doch kein Recht, für das Zentrum zu sprechen — ein, bei der dritten Lesung Anträge einzubringen, welche das Remunerations- und Gratifikationswesen vor Missbrauch bewahren. Am 3. Mai 1881 wurde der Reichskanzler provoziert, wie er zu den vielsach konstatierten Wahlbeeinflussungen stehe; er erklärte: wir haben keinen Einfluß auf die Kommunalverhältnisse u. d. können nicht dafür verantwortlich gemacht werden; ich bin nach dieser Richtung nicht so mächtig, wie der Vorredner mich schildert, aber viel tugendhafter; ich kann nicht sagen, daß ich nicht die Regierung hätte, die Wahlen zu beeinflussen, unterlasse es aber aus Vorsicht, und Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Der Stellvertreter des preußischen Staatsministeriums hat es sowohl an dieser Vorsicht, wie an dieser Weisheit mangeln lassen; er bat die Sache so behandelt, wie wir es von ihm gewohnt sind. Ich bin ihm dafür sehr dankbar; er bat uns durch diese Offenheit bereits vielfach, so in Torgau-Liebenwerda, geholfen; ich hoffe, er wird uns bei den nächsten Reichstagswahlen noch weiter helfen. (Große Heiterkeit) links.) Am 15. Dezember 1881 erklärte der Minister, daß diejenigen Beamten, welche mit Hingabe bei den letzten Wahlen für die Regierung eingetreten, des Danzes und der Anerkennung der Regierung und ihres fächerlichen Herrn sicher sind. Unter lebhaftem Beifall der Linken und des Zentrums protestierte Abg. v. Bennigsen gegen diesen Beschuß. Am 24. Januar, nach dem Allerhöchsten Erlass interpellirte der Reichskanzler denselben, daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl völlig frei sei. Der Erlass wende sich nur an die Beamten außerhalb ihrer eigenen Wahlthätigkeit. Von den politischen Beamten verlangte er, daß die Politik der Regierung vertreten werde, d. h. daß sie verpflichtet seien, Lügen und Entstellungen gegen die Regierung entgegenzutreten. Von unpolitischen Beamten verlangte Se. Majestät eigentlich gar nichts; der Erlass erwarte nur, daß sie sich der Agitation gegen die Regierung des Königs enthalten, und das sei eine Ordnung des Anstandes. Diese Erklärung veranlaßte Herrn von Puttkamer zu dem bereits erwähnten Rückzuge. Wie stimmt diese Erklärung des Reichskanzlers zu der des Ministers in der letzten Sitzung? Wir sind auf dieser Ebene schon ein Stück weiter gekommen. Ich nehme an, daß der Reichskanzler jetzt den Minister von Puttkamer mit seiner Autorität decken wird, aber wie soll man den krassen Widerspruch erklären. Antimonarchisch und selbstmörderisch, sagte der Minister. Antimonarchisch gebe ich ihm zu, wenn er so besangen in seiner Ansicht als Parteichef ist, daß er glaubt, er habe für seine Politik keine anderen Mittel, als den Zwang an Gewissen und Überzeugung der Beamten. Wenn Sie kein anderes Mittel haben, Herr Minister, dann fürchte ich, daß Sie sich nicht lange mehr werden halten können! Ein großer Theil der Beamten hat bei den letzten Landtagswahlen nicht zu stimmen gewagt; bei der geheimen Abstimmung zum Reichstage hat die Mehrzahl ihrer Überzeugung freien Lauf gelassen. Ist das nicht eine demuthigende Erscheinung, schädigt der Minister damit nicht die Autorität der Beamten, wenn sie öffentlich für, und geheim gegen die Regierung stimmen? Sie nutzen damit Ihrer Herrschaft nicht, geehrter Herr Minister. (Heiterkeit) Sind denn die Interessen des Ministers v. Puttkamer oder irgend einer Ministerdynastie identisch mit den großen Interessen der Monarchie der Hohenzollern? Das soll antimonarchisch sein, liberal stimmende Beamte zur Förderung vorzuschlagen, Beamte etwa, welche den Überzeugungen getreu bleiben, welche Minister Delbrück ihnen eingeimpft hat, der das Vertrauen Sr. Majestät länger als Herr v. Puttkamer genossen hat? Das geht über alles Maß hinaus (Lachen rechts), daß für antimonarchisch zu erklären; will der Minister wirklich so weit gehen? Die dauernden Interessen der Krone haben absolut nichts zu thun mit den Interessen dieser Herren. Sie decken sich mit den dauernden Interessen des Landes und sind ganz andere, wie diejenigen der jeweiligen Minister. Deshalb müssen wir als treue Anfänger der Monarchie . . . (Lärmender Widerspruch rechts.) Das ist schmachvoll, daß Sie soweit kommen, uns zu bestreiten, was jedem Patrioten das Erste ist. Den Patriotismus, den Sie haben, haben wir schon lange. Wir haben keinen Vorbehalt davon, aber Sie, die Sie im Besitz aller Stellen und Macht sind, haben am allerwenigsten Anlaß, sich mit Patriotismus zu rühmen, es gibt auch noch unabhängige patriotische Männer im Lande. Wir sind aufrichtige Anhänger der Monarchie, weil wir darin den Schutz der gesamten nationalen Existenz und des Eigentums aller geistlichen und sitlichen Errungenschaften sehen, die mögliche Sitz der Gerechtigkeit für die Ausführung der Gesetze. Unser Patriotismus ist so gut, wie der der Minister. (Bravo links.) Die Verfassung verlangt, daß bei den Wahlen die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommt, und zum Volke gehört auch die große Zahl der Beamten. Hat es nicht eine Zeit gegeben, wo die Partei Mantueller unseres Prinz-Regenten des Salobinerthums beschuldigte; wissen Sie nichts davon, daß man Männer wie Stein und Hardenberg als Demokraten und Feinde des Vaterlandes bezeichnete, weil sie die damalige Politik nicht unterstützen? (Sehr gut! links.) Es gibt eine Partei im Lande, die, wenn sie kein anderes Mittel kennt, sich vor die Krone hinstellt und sagt: Das sind die Feinde der Monarchie, wir sind die wahren Söhne. Es wäre Thorheit für uns treue Anhänger der Dynastie der Hohenzollern, wollten wir die Hand dazu bieten, diese höchste Macht herabzuheben und zu verlieren. Aber die Überzeugung habe ich, daß es schädlich für die Monarchie und für die Dynastie ist, wenn sie in den Kampf der Partei-Interessen hineingezogen wird; ihren dauernden Interessen entspricht ein unabhängiges charaktervolles Beamtenthum. Von den Vollstreckern der Gelehrten bei den Wahlen die Verleugnung ihrer Überzeugung zu verlangen, heißt eine Prämie auf die Geisselungs- und Charakterlosigkeit setzen. Wir wollen die Beamten

Insetrate 20 Pf. die schärfsgeschaltete Partie über deren Raum, Zeilnamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

nicht zu politischen Beamten machen. (Redner verliest einen Brief des Prinzen Albert über die Wahlbewegung im Jahre 1858, worin das Verhalten des Ministeriums Mantueller schief verurtheilt wird.) Diese Schwach entsteht jetzt von neuem. Wir werden laut dagegen protestieren, daß man uns einredet will, die dauernden Interessen der Krone seien identisch mit den Interessen dieses Ministeriums v. Puttkamer. (Wiederholtes lautes Bravo! links, lachen rechts.)

Präsident v. Kölle: Ich nehme an, daß der Abg. Rickert den Ausdruck schmachvoll, den er nur conditionell gebraucht, nicht auf die Mitglieder dieses Hauses anwendet.

Minister v. Puttkamer: Mit der sehr großen Heftigkeit der eben gehörten Angriffe wird die Ruhe und Gelassenheit, mit der ich zu sprechen gehende, (Auf links: Na, na, na!), im Widerspruch stehen. Ich werde den Angriffen denjenigen vollen Gleichmuth entgegensetzen, den ein gutes Gewissen, das Bewußtsein einer gerechten Sache und ein klarer, fester Wille mit sich bringt. (Bravo! rechts.) Ich soll Chef der konservativen Partei im Lande sein, und daraus folgen, daß ich eine Parteiregierung führe. Ich habe schon früher erklärt, daß Parteiregierung ein Name ist, und daß es auf den Inhalt, den man dieser Form giebt, ankommt. Ein größerer Irrthum ist wohl nicht möglich. Ein Parteiregierung ist gerade deshalb bei uns nicht möglich, weil wir eine starke Monarchie haben, die über den Parteien steht, und darum kann ich auch niemals Chef einer Partei sein. Ich räume ein, meine Beziehungen zu der konservativen Partei sind intimer als die zum Abg. Rickert. Gott sei Dank! (Heiterkeit.) Und ich sollte meinen, die Erklärung dafür liegt so nahe, daß ich kaum nach Motiven zu suchen brauche. Herr Rickert hat mir in der letzten Zeit ein formelles Misstrauensvotum nach allen Richtungen hin gebracht. Es gab eine Zeit, Herr Rickert, wo Sie ein maggoller Politiker waren, eine Zeit, deren ich mich sehr angenehm erinnere. Das ist anders geworden. Der Herr Abgeordnete hat sich seit der Wandlung der Wirtschaftspolitik, immer mehr zu einem grundfächlichen Gegner der Regierung entpuppt. Darin liegt eine unüberwindliche Kluft; ich muß ja die Bedeutung des Abg. Rickert anerkennen und sagen, daß er ein keineswegs verächtlicher Gegner ist, namentlich in Bezug auf die Wahlagitierung. Er bat darin Ungewöhnliches geleistet, allerdings bei den letzten Abgeordnetenwahlen ungewöhnlich. Erfreuliches zu Gunsten der Regierung: denn überall, wo er als Reiseprediger austrat, hat sich die Wissenschaft abgewendet. (Abg. Rickert ruft: In Torgau z. B.) Herr Rickert hat, um uns die Sache leicht zu machen, natürlich von vorn herein meine Worte verdreht und hat meine Ausführung so dargestellt, als ob ich mich zum Apostel des Sages gemacht hätte, daß die Beamten zu Wahlmaiden herabgedrückt werden, daß nur solche Beamten, die sich dazu vergeben, befördert werden sollen. Das hier eine unerhörte Korruption des Beamtenstandes liege, wird Niemand bestreiten. Herr Rickert hat dann meine Äußerungen in den beliebtesten fest drognisch gewordenen Gegensatz zu bringen gesucht mit den Äußerungen des Reichskanzlers resp. mit dem Allerhöchsten Erlass. Wenn Herr Rickert nun noch die Illusion hat, daß ich immer zu weit gebe und desavouirt werden muß, so kann ich ihm nicht helfen, die Vertrauensstellung, die ich dauernd einnehme, sollte ihn eines Besseren belehren. Ich habe gesagt, daß keinen Beamten wegen seiner Abstimmung ein positiver Nachteil treffen soll, daß aber allerdings und dabei Leibe ich stehen, von dieser Frage bimmelweit verschieden die andere Frage ist, ob sie den Beamten besondere Vertrauensbeweise geben soll, die sich der Agitation und der notorischen Stellungnahme gegen die Regierung schuldig machen. Es ist das keine bloße Frage der Autorität, sondern auch des Vertrauens; wenn die Regierung gegen die politische Haltung des gesamten Beamtenstandes vollkommen indifferent wäre, wenn sie ihren prinzipsiellen Gegnern bei jeder Gelegenheit das Manifest ihres besonderen Vertrauens entgegenbrächte, was sollte man dann im Lande von der Festigkeit ihrer Stellung und ihrer Prinzipien denken. Die öffentliche Stimmung im Lande muß über die politische Haltung der Regierung orientirt sein und wenn die Regierung durch eine unkonsequente Handlung die öffentliche Meinung gewissermaßen variiert, dann begeht sie einen großen Fehler. Ich sage, diese Frage ist ferner eine Frage des Vertrauens. Ich kann mir denken, daß ein Beamter, welcher dauernd gegen die Regierung agitiert, an sich formell eine sehr ausgezeichnete Qualifikation haben kann, aber ceteris paribus muß ich immer sagen, wie soll ein Verwaltungschef dazu kommen, einen Beamten, der ihm in den wichtigsten Fragen der öffentlichen Zustände diametral entgegensteht, in ein Vertrauensverhältnis zu bringen oder in einem solchen zu belassen. Es gibt Wichtige für die Staatsregierung, über welche hinaus sie eine prinzipiell gegnerische Haltung eines Beamten nicht ignorieren kann. Ganz verschieden davon und unberedt wäre die Forderung, daß die Beamten sich aktiv zu Gunsten der Regierung bei den Wahlen beteiligen sollen; ich habe das nie ausgesprochen. Völlig verfehlt ist der Versuch, meine Äußerungen in Widerspruch mit denen des Reichskanzlers zu bringen. Das Thema probandum liegt auf ganz anderem Gebiete. Es hat in der Interpretation des Allerhöchsten Erlasses sich mit der Frage beschäftigt, welche positiven Leistungen auf dem Wahlgebiete die Regierung zu verlangen hat und welche nicht, und sagte: die politischen Beamten haben vorbehaltlich ihrer eigenen Abstimmung die Regierung vor Verdrehung und Verfälschung ihrer Absichten in Schuß zu nehmen, und die nicht politischen Beamten sind durch ihren Eid der Treue daran gehalten, sich der Agitation gegen die Staatsregierung zu enthalten. Von den unpolitischen Beamten hat der Reichskanzler nur negativ gesagt, ihre Ausübung des Wahlrechts wird niemals ein Grund sein, gegen die Beamten einzuschreiten. Ich bin fest überzeugt, ohne mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen zu haben, wenn Sie den Reichskanzler heute vor die Frage stellen: Soll die Regierung einem Beamten, welcher den vom Könige gewollten und von der Regierung unter ihrer Verantwortlichkeit verteidigten Gesamtinteressen des Landes aufzuhören, die Hand dazu bieten, weil sie die damalige Politik nicht unterstützen? (Sehr gut! links.) Es gibt eine Partei im Lande, die, wenn sie kein anderes Mittel kennt, sich vor die Krone hinstellt und sagt: Das sind die Feinde der Monarchie, wir sind die wahren Söhne. Es wäre Thorheit für uns treue Anhänger der Dynastie der Hohenzollern, wollten wir die Hand dazu bieten, diese höchste Macht herabzuheben und zu verlieren. Aber die Überzeugung habe ich, daß es schädlich für die Monarchie und für die Dynastie ist, wenn sie in den Kampf der Partei-Interessen hineingezogen wird; ihren dauernden Interessen entspricht ein unabhängiges charaktervolles Beamtenthum. Von den Vollstreckern der Gelehrten bei den Wahlen die Verleugnung ihrer Überzeugung zu verlangen, heißt eine Prämie auf die Geisselungs- und Charakterlosigkeit setzen. Wir wollen die Beamten

Beamter, der, wie er selbst anerkennt, viel Fehler gemacht hat; das muß ich sagen, die Eindrücke, die ich in jener Zeit von den liberalen Anschauungen über die Freiheit der Beamten bindeflich ihres politischen Verhaltens bekommen habe, haben mich mit äußerstem Widerwillen erfüllt, weil mit Despotismus die Ausübung jedes politischen Gedankens verlangt wurde. In der konstitutionellen Monarchie erfordert der Staatsmechanismus die willkürliche Unterordnung der Beamten unter den Willen des leitenden Ministers. Die Partei, die damals zur Macht gelangen zu können sich einbildete, war es, die von der Regierung bei jeder Gelegenheit Gelehrten von Opfern forderte, und zwar nicht bloß von Beamten, die in ihren Handlungen der Regierung gegenüberstanden, sondern die Gesinnung wurde proscribit. (Sehr richtig! rechts.) Aus der damaligen Presse und den Reden hier im Abgeordnetenhaus kann ich nachweisen, daß der eigentliche Kampf des Ministeriums sich fast nur um diese Frage gehandelt hat. Graf Schwerin mit seiner edlen Ritterlichkeit verneigte es, und seine angeblichen Freunde drängten unauflöslich darauf. Denken Sie doch an die berühmte Adresse, die nicht angenommen wurde. Da heißt es mit dünnen Worten: Wir erwarten, daß die Regierung unnachlässig ihren Standpunkt bei den Beamten zur Geltung bringen wird. Diese Zumutung ragt hundertweit über das hinaus, was jetzt die Regierung von den Beamten verlangt. Die „National-Zitung“ hat sich damals nicht entblößt, die vorhergegangene Adress-Debatte dadurch zu verschärfen, daß sie den Widerspruch des Grafen Schwerin gegen diese unschönen Zumutungen, wie folgt, kritisierte: Wie hat das Ministerium diese Frage bis jetzt beurtheilt, und was ist unter seiner Verantwortlichkeit zu verstehen? Letztere ist ein Wort ohne Inhalt. Das Urteil des Ministers des Innern lautete dahin: daß er nicht nach den Gesinnungen, sondern nach Handlungen die Beamten beurtheile, die größte Antithese, die sich denken läßt. Wir zählen diese Angelegenheit zu denjenigen, welche in der vorbersten Reihe stehen; wenn sie nicht endlich erledigt wird, so giebt es kein Fortkommen für die liberale Partei. Handlungen und Erklärungen sind eins! (Hört, hört! rechts.) Es wird also nicht etwa verlangt, daß die Beamten für die Regierung stimmen oder sich zurückhalten, nein, die liberale Gesinnung wurde zum Zusatzmittel der Forderung gemacht, die Beamten befahlenweise zu beleidigen. Ich spreche einer Partei, deren Geschichte sie an diese Forderung bindet, das Recht ab, über das Verhalten der Regierung abzuurtheilen. (Bravo! rechts.) Gott sei Dank steht die monarchische Regierung nicht auf diesem Standpunkte; sie wird auf dem Standpunkt stehen bleiben, welchen die Harmonie mit dem Erlasse vom 4. Januar und dem Reichskanzler hier entstellt habe. (Bravo rechts. Bischof links.)

Abg. Freiherr v. Edelitz: Die Neuerungen des Reichskanzlers sind vom Abg. Rittert in unrichtiger Weise wiedergegeben worden. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß nach dem Ministers und unserer Meinung nicht die Wahlen der Beamten selbst ein Hindernis für die Förderung bilden sollen, sondern daß eine agitatorische Thätigkeit hinzukommen muß. Ich bin von meinen Freunden beauftragt, positiv zu erklären, daß wir entschieden gegen eine Abänderung des Reichswahlrechts in Bezug auf den Wahlmodus sind. Wir bitten die Regierung, die Erwägungen, die sie über diese Frage aufstellen will, bald in diesem unserem Sinne zum Abschluß zu bringen.

Abg. Dr. Ennecerus: Der Herr Minister hat wieder ein großes Geschick bewiesen, Nebenfragen in die Diskussion zu ziehen, Angriffe zu machen, die mit der Sache nichts zu thun haben. (Sehr gut! links.) Der Minister hat selbst ausgegeben, daß das liberale Ministerium nicht die heute bekämpften Grundläufe befolgt habe. Zu jener Zeit haben die politischen Beamten, die Landräthe, eine geradezu auf den Sturz des Ministeriums gerichtete Agitation getrieben. (Sehr richtig! links.) Diese zu beseitigen hat die liberale Presse die Regierung aufgefordert; sollte sie weitergegangen sein und Aeußerungen gemacht haben, die den Erklärungen des Ministers entsprechen, so müssen wir sie entschieden desavouiren. (Sehr richtig! links.) Ich hätte gewünscht, der Minister möchte seine neulichen Erklärungen heute energisch abmildern, er ist aber im Wesentlichen auf denselben stehen geblieben. Der Minister hat seine Erklärungen nicht auf die politischen Beamten beiläufigt; auch alle anderen Beamten, auch Eisenbahn- und Justizbeamten sollen nach diesem Grundsache, wenn sie sich in dauernder Opposition zur Staatsregierung befinden, bei Beförderungen übergangen werden. Dies muß auf alle Beamten von nachtheiliger Wirkung sein. Die energischeren werden trotzdem ihre politische Überzeugung zum Ausdruck bringen und sind dadurch dem Staatsdienst verloren. Andere werden sich fügen, aber misshinthalb werden. Diesen schließlich, welche aus eigener Überzeugung für die Regierung stimmen, werden an Achtung einzubüßen. Überhaupt wird der ganze Beamtenstand an Ansehen geschädigt, was tief bedauerlich ist.

Abg. Frhr. v. Minnigerode führt dem gegenüber aus, daß nur die Agitation der Beamten jene Folgen haben solle, die Herr v. Puttkamer verheiße. Jede hervortretende Agitation eines Beamten gegen die Regierung sei widerlos; ein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem Herrn v. Puttkamer besteht also nicht. Es würde Anarchie zur Folge haben, wenn nach dem Wunsche des Vorredners jedem Beamten das Recht zugestanden würde, die Staatsregierung gegen die jeweilige Regierung zu vertreten.

Abg. Frhr. v. Schorlemmer: Herr v. Puttkamer mache auf ihn den Eindruck, als ob er höchstens auf dem rechten Flügel der Mittelpartei stände. Herr Rittert würde aber jedenfalls Herrn von Puttkamer einem Zentrumsmanne vorziehen. Die Sezessionisten werden von der Regierung als verlorener Sohn betrachtet, die Rückkehr sei gar nicht ausgeschlossen. (Abg. Windthorst ruft: Sehr gut!) Diese Herren haben unter dem liberalen Ministerium (Widerspruch) sich ganz so ablehnend verhalten, wie die Regierung heute. Damals erhielten Beamte keine Gratifikation, die für katholische Wahlmänner gestimmt hatten. Als ein Beamter für einen Zentrumsmann und einen Nationalliberalen stimmte, erhielt er eine halbe Gratifikation. (Große Heiterkeit.) Die Aufrufordnung des Abg. Rittert, daß das Zentrum sich nun mit ihm vereinen möge, sei naiv und lächerlich, das Zentrum werde aber allerding das freie Wahlrecht stets hoch halten. Über den Ton haben die Liberalen kein Recht sich zu beschweren, denn sie seien es gewesen, die zur Zeit des Kulturlampfes einen unangenehmen Ton hier eingeführt haben. Und wenn sie den Konservativen vorwerfen, daß sie sich mit dem Schild des Kaisers bedecken, so decken sich die Liberalen hinter dem Mantel des Kaisers, um so einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kronprinz zu etablieren. (Sehr richtig! rechts.) Die Neuerungen des Ministers in Betreff der Beamten seien beachtenswert; aber wer wollte bestimmen was oppositionell sei? Heute sei es Rittert, morgen vielleicht v. Puttkamer. Entweder sei das Wahlrecht frei, oder man lasse es nicht bestehen! Durch den Druck, den die Regierung auf die Beamten ausübt, schaffe sie sich selbst Gegner des Monopolgedankens. Alle, die gegen den Antrag stimmen, haben die Regierung in dem Bestreben gefährdet, das geheime Reichstagswahlrecht aufzuheben. Die Nationalliberalen haben dadurch zu ihrer Selbstverherrlichung beigetragen. Ob die Liberalen großen Sinn für Verfassungsmäßigkeit haben, werde sich bei der Beratung über den Antrag Reichenberger zeigen. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Puttkamer: Ich muß Verwahrung einlegen gegen eine Insinuation des Abg. v. Schorlemmer. Ich habe nicht die Anwendung gemacht, daß ich der Meinung sei, daß Beamten wegen ihrer Stimmabgaben die Beförderung versagt werden sollte; sondern habe nur eine agitatorische Stellungnahme gegen die Regierung im Auge gehabt.

Abg. Freiherr v. Edelitz vertheidigt sich gegen den ihm vom Abg. v. Minnigerode gemachten Vorwurf, daß die Haltung seiner (des Redners) Partei im Widerspruch gegen früher stehe.

Abg. Rittert: Herr v. Puttkamer hat es als eine Eigentümlichkeit des konstitutionellen Systems bezeichnet, daß mit einem Systemwechsel und Ministerwechsel auch die sämtlichen Beamten wechseln müssten, und hat dem gegenüber die Auffassung eines konstitutionellen

Ministeriums als human bezeichnet. Eine solche Praxis besteht nur in Nordamerika und alle Anhänger des konstitutionellen Systems und des Liberalismus haben stets befürchtet, daß sie eine solche Praxis für verwerthlich halten. In England findet häufig ein Systemwechsel statt und ein Minister wechselt nur einen kleinen Kreis von absolut politischen Beamten, diejenigen, welche die eigentlichen Arbeiten der leitenden Minister auszuführen haben. Es ist ja naturgemäß, daß ein Minister seine Vorlagen sich nur von einem Ministerialrat ausarbeiten lassen kann, der dieselbe Ansicht hat. Gegenwärtig macht man bei uns aber das Landratshammt zu einer Parteidagentur die Regierungsräte zu Wahlagenten und das ist gar nicht nötig. Der Herr Minister hat wiederholt auf die Zeit vor 20 Jahren zurückgegriffen und Herr v. Minnigerode hat das Wahlprogramm der Fortschrittspartei von 1861 vorgeführt, worin steht, daß die Regierung ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt Geltung verschaffen soll. Was damals dem Ministerium Schwerin mit dem sogenannten überländlichen Ministerium — wir haben es niemals für liberal angesehen, ebensoviel wie den Fürsten Bismarck — zum Vorwurf gemacht worden ist, war, daß er sich zu Grundästen bekannte, denen seine Beamten im Amt schmierträchtig zumünderhandeln. Hier handelt es sich um die außerordentliche Stellung, damals kam die amtliche Haltung der Beamten in Frage, der Missbrauch des Amtes zu Wahlbeeinflussungen gegen die Minister. (Hört! Hört! links.) (Redner erwähnt die Behauptung durch Verleugnung eines Wahlkurses des Ministers von Flottwell und einer Reihe demselben widersprechender Aussführungsverordnungen von konservativen Landräthen.) Es geht so weit, daß bei der Wahl von 1850 die Landräthe und Präsidienten ihren amtlichen Einfluß missbrauchten, um die Stellung der ihnen vorgesetzten Minister zu untergraben, daß sie die verhöhnten, ihnen einen Bann zu stellen suchten. Die Minister hatten die schönsten Grundäste, aber nicht die Energie, auch nur die Wahlfreiheit zu schützen. Wenn die Regierung bei der Bestätigung des Bürgermeisters Kauffmann in Bonn fragt, ob er die Maßregeln zur Ausführung zu bringen bereit sei, so hat sie Recht; wenn sie aber weiter fragt, ob er es gern thut, so hat sie Unrecht. Die Rede des Herrn Ministers hat einen ungünstigen Eindruck im Lande gemacht; jeder Beamte hat den Eindruck, von diesem Ministerium kann man das Schlimmste erwarten, wenn man von seinem Wahlrechte Gebrauch macht. Heute hat der Herr Minister gewisse Spuren, die eine Handhabe zu öffentlichen Angriffen bieten, umwickelt; in der Sache erklärte er dasselbe, wie neulich. Ich bin nicht der Ansicht, daß Fürst Bismarck anderer Auffassung ist; dieses Ministerium ist völlig solidarisch und hätte Herr v. Puttkamer eine abweichende Meinung ausgedrückt, so wäre er jetzt da, wo die 25 anderen Minister hingekommen sind. (Heiterkeit.) Wenn Fürst Bismarck im Reichstage dielebe Meinung hätte zum Ausdruck bringen wollen, wie jetzt Herr v. Puttkamer, so wäre er so hinterhältig verfahren, wie es niemals bei ihm der Fall ist; dann ist die Sprache dazu da, um die Beamten zu verbrennen. Was soll es bedeuten, zu erklären, es wird den Beamten kein positiver Nachteil treffen? Ist es nicht viel schlimmer, wenn ein Beamter aller Vortheile der Beförderung, Versetzung, Remunerations usw. verlustig geht, als wenn er mit 30 M. im Disziplinarwege bestraft wird? In den Reden des Herrn Ministers ist stets von dem Gesamtverhalten die Rede, nicht von der Abstimmung als solcher (Widerspruch rechts). Das Gesamtverhalten der Beamten muß jedoch überhaupt ausgeschieden werden, selbst wenn eine Agitation in Betracht gezogen werden darf. Der Herr Minister hat erklärt, einen Beamten, der gegen ihn stimme, den könne er nicht befördern. Ist es nun nicht Missbrauch der öffentlichen Fonds, sie anstatt zu Weinachtsgratifikationen und Remunerations zu Tinkgeldern für politische Abstimmungen zu verwenden. Und dann, wenn wir Minimal- und Maximalgebühren und höhere Stufen haben, soll es erlaubt sein, daß nur der in diesen höheren Stufen eintritt, der seiner Überzeugung Gewalt angethan hat? (Hört! Hört! links.) Nein, die Meinung ist, daß, wer ein gewisser Dienstalter hat und tüchtige Leistungen aufweist, eine entsprechende Gagenleistung erhält, oder soll sie ihm vorenthalten werden können? Nach unserer Auffassung ist es nicht reiner Zufall, wenn unter dem Minister Friedberg, ein Landgerichtsrat, der konservativ wählt, aber fortschrittliche Gesinnung hat, zum Landgerichtsdirektor befördert ist. Mir ist der konservative Minister Leonhardt lieber gewesen, der offen konservative Gesinnung bekannt hat, als Herr Friedberg, der von Männern für liberal gehalten wird. Wenn bei der Justizverwaltung so etwas geschieht, was sollen wir zu anderen Gebieten sagen? — Würde der Herr Minister den Eisenbahnbeamten, welche liberal wählen, nicht das Vertrauen schenken, die Passagiere sicher zu befördern. Einmal hat der Minister besser gesagt: Die Eisenbahn überträgt sozialistisches Petroleum, fortschrittliches Öl und konservative Weizen. Ebenso können bei der Post Briefträger oder Unterbeamte sogar Sozialisten sein. (Unruhe.) Der Herr Minister sagt, im Übrigen könne man formell ausgezeichnet qualifiziert sein, aber nicht politisch. An den Staat werden die schwersten Aufgaben gestellt. Wie soll er lösen, wenn die politische Gesinnung mehr als die politische Überzeugung gilt. Die politische Gesinnung kann Deudelei sein (sehr richtig, links), ein elendes Kriechertum, welches alle tüchtigen Männer abschreckt. (Unruhe rechts.) Meine Herren, dann wird die Wahl nicht mehr eine Prüfung der Gesinnung des Volkes, sondern eine einfache Machtprobe, ob der Staat stark genug ist, die Gesinnung im Volke zu unterdrücken. Das ist bei den Beamten der Fall. (Widerspruch rechts.) Freiherr von Riedl hat erklärt, daß die Freikonservativen die Regierung bitten wollen, von Erwägungen, das Reichstagswahlrecht zu ändern, Abstand zu nehmen. Wenn die Herren Freikonservativen und Konservativen gegen einander mordieren, so bin ich überzeugt, daß das der Reichskanzler wünscht. Wenn es nicht wäre, würden ja beide Parteien verschmolzen sein, denn ein innerer Unterschied besteht zwischen beiden nicht. (Heiterkeit, sehr richtig links.) Die Erklärung des Herrn von Minnigerode lautet, es liege keine Veranlassung vor, zur Abschaffung der geheimen Wahl. Das ist eigentlichlich. Während der Mittwochssrede des Herrn von Puttkamer, als er sagte, daß die Regierung daran denkt, das geheime Wahlrecht abzuschaffen, heißt es im Stenographischen Bericht (links, Beifall rechts): Ob das von den Polen damals gekommen ist (Heiterkeit), erwähnt der Bericht nicht. Heute erklären die Konservativen, daß sie diesem Antrage sehr kühl gegenüberstehen; Sie nehmen also Ihren Beifall zurück. Herr v. Rauchbauprät ging noch weiter, zu förmlichem Entlastungsmaßnahmen, sogar Leidenschaftlich gegen das geheime Wahlrecht. Er sagte, die geheime Wahl sei die Negation der Monarchie, der Krone. Er verglich die Krone mit einem Adler, der auf einer glatten Stange sitze. (Beifall links.) Aber diese Stange wurde fest im Erdboden, die geheime Wahl untergräbe diese Wurzeln. Heute wird der Adler auf der glatten Stange allein gelassen. (Große Heiterkeit.) Jetzt ist die Flamme zu hoch und die Herren werden ängstlich (Widerspruch rechts). Sehr richtig! links.) Der Minister von Puttkamer ist allein gelassen, keine einzige Partei mehr auf seiner Seite, wenn nicht einige Wilde. (Wiederholte Heiterkeit.) Wir sehen aber, daß der Minister es nicht so tragisch nimmt (Heiterkeit) und er hat Recht. Wenn die Sache ernst wird und der Reichstag danach zusammengesetzt ist, dann wird ihm die Unterstützung der Konservativen und Freikonservativen nicht fehlen. Sie werden Gründe finden, das geheime Wahlrecht zu verwerten. (Sehr richtig! links.) In Bezug auf die sozialistische Partei hat man mir einen Mangel an historischer Achtung vorgeworfen; sie sei älter als die Sozialpolitik des Fürsten Bismarck. Redner läßt aus, daß dieselbe unmittelbar mit dem Ministerium Bismarck aufgetreten sei und weist auf dessen Verbündnis zu Ferdinand Lassalle hin. Dadurch sei die Bewegung großgezogen. Bei eingetretener Reform derlei habe sich die selbe Kritik gegen die Regierung gewendet. Jetzt gelte das Alles für staatsgefährlich und die öffentliche Ordnung gefährdend. Die Anschauungen des Herrn v. Riedl widersprechen so den Berichten des Minister über die Berliner Zustände. Redner folgert daraus die Pflicht zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Fortschrittspartei sei nach wie

vor gegen eine Verlängerung des Sozialistengesetzes, das in seinen Konsequenzen nur eine Reihe diskretionärer Befugnisse für die Regierung verleiht. (Beifall links, Bischof rechts.)

Minister v. Puttkamer führt aus, daß er die Wiederkehr der Behauptung erwartet hätte, daß mit ungleichem Maße gemessen würde. Bei den Ausschreibungen des Abg. Richter treffe nur daselbe zu, wie bei Herrn Dr. Birchow, daß dieselben nur eine allgemeine Polemik, aber keine festen Anhaltspunkte darbieten. Die Regierung habe nach dem Gesetz einfach die äußeren Merkmale der Sozialdemokratie zu Tage zu fördern. Niemand aber dürfe die sogenannte Arbeiterpartei mit dieser Bewegung gleichsetzen, die nur konkrete Forderungen der Standesinteressen und Nahrungsverhältnisse Rednung tragen möle. Das Auftreten der Sozialdemokratie habe nicht in jener Verbindung mit Lassalle ihre Veranlassung, sondern sei ein wohistorisches Ereignis. Ihre Bekämpfung sei nur möglich durch eine gesunde Reform und nicht durch allgemeine, abgängige Reden, wie die des Abg. Richter. Der eigentliche Grundzweck für diese Reform sei die Fortschrittspartei. Auch in der Sozialdemokratie sei manches Gute, und diesen guten Kern müsse man herauslösen. Die Fortschrittspartei aber dürfe sich rühmen, an einer gefunden Reform der Sozialdemokratie nicht den allermindesten Anteil gehabt zu haben. Der Behauptung des Abg. Richter, daß es das Charakteristikum der sogenannten konstitutionellen Regierungsförderung sei, daß mit jedem Wechsel des Ministeriums ein Wechsel der Beamten eintrete, widerprüht Richter auf das Entscheidende. Allerdings sei die Staatsmaschine ein Mechanismus, der eine gewisse Unterordnung seiner Glieder verlange, aber dennoch könne die Monarchie auch ein selbstständiges Leben wohl ertragen. Ferner habe er es nicht zur Parole gemacht, anstatt der geschäftlichen Tüchtigkeit für ein Amt die politische Gesinnung eines Beamten als das Entscheidende gelten zu lassen, sondern er habe nur gefragt, daß neben der geschäftlichen Tüchtigkeit auch politische Geltung eines Beamten beachtet werden dürfe. — Seine praktische Stellung in dieser ganzen Sache wird alle Vorwürfe widerlegen.

Abg. Dr. Windthorst: Mir scheint, daß der Kernpunkt der ganzen Debatte sich um die Frage drehte, die Anschauungen der Staatsregierung und des Ministers v. Puttkamer insbesondere in Bezug auf die Tüchtigkeit der Beamten bei den Wahlen zu ermitteln. Nach meiner Auffassung sind die Erklärungen des Herrn Ministers nicht ganz zuverlässig, denn sie standen nicht im Einklang mit dem, was im Reichstage über diesen Punkt verhandelt ist. Diese Erklärungen des Reichskanzlers bei Gelegenheit der kaiserlichen Botschaft sind als außredend oder mindestens hinreichend angegeben worden. Ich möchte als Fazit der heutigen Diskussion ziehen, daß alle, den Minister des Innern nicht ausgenommen, diese Erklärungen des Herrn Reichskanzlers als maßgebend anzusehen und daß auch in diesem Sinne die kaiserliche Botschaft zu interpretieren ist. Die Frage wegen der Wahlfreiheit der Beamten werde wohl unter keinem Ministerium sterben. Ein Mittel, aus diesem Zustand herauszukommen, sei, den Beamten, wie dies beim Militär schon geschehen, das Wahlrecht gänzlich zu nehmen.

Die Debatte wird darauf geschlossen und nach einer großen Reihe persönlicher Bemerkungen der Titel bewilligt.

Richter Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Stat.

Schluss 5 Uhr.

Verrenhaus.

3. Sitzung.

Berlin, 14. Dez. Am Ministerische: Dr. Friedberg und Kommissarien.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Oberbürgermeister Koblenz ist am 23. Nov. gestorben, daß Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sizien. Neu berufen ist der Beigeordnete Pelszer (Aachen).

Der Reichsstaatsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dez. 1869, betreffend die Konstituierung preußischer Städte am 1. Jan. 1870, wird nach dem Referat des Grafen v. Schulenburg durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die einmalige Schlussberatung über die Übersicht der Verwaltung der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen im preußischen Staate während des Etatsjahres 1882—83.

Dr. Baumarkt erkennt an, daß ein langjähriger aber solidar und stetiger Fortschritt sich auf dem Gebiete der Bergwerks- und Hüttenindustrie überhaupt und ebenso im fiskalischen Betriebe wahrnehmen lasse. Besonders erfreulich sei der Aufschwung in der Steinkohlenindustrie und im Eisenbergbau, wie im Eisenhüttenbetriebe. Auch der Nettoabsatzlohn der Arbeiter sei wiederum gestiegen.

Geb. Kommerienrath Stumm richtet im Anschluß hieran an den Minister die Bitte, bei der demokratischen Reform des Knappheitswesens auf Grund der Reichsgesetzgebung die Autonomie der Knappheitsvereine möglichst zu wahren, und bewährt verschiedene Einzelheiten des in dieser Beziehung an die Oberbergämter bereits eingegangenen Erlasses.

Der Bericht wird durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

In ehemaliger Schlussberatung wird der Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand der von dem Königreich Württemberg an Preußen abgetretenen Gebietsteile, sowie die Abtreten preußischer Gebietsteile an das Königreich Württemberg nach dem Antrage des Referenten v. Winterfeldt unverändert genehmigt, womit die Tagesordnung erschöpft ist.

Richter Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.
Tagesordnung: Landsgütterordnung für Schlesien.
Schluß 2 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 14. Dez. S. M. Kbl. „Nautilus“, 4 Geschüle, Kommdt. Korr.-Kapt. Aichenborn, ist am 28. November c. in Porto grande (Kapverdische Inseln) eingetroffen und am selben Tage wieder nach Kapstadt in See gegangen.

Kassel, 14. Dez. Der Frankfurt-Berliner Nachkuriertzug hat in Folge eines Maschinendefekts bei Kauheim eine zweistündige Verspätung erlitten. Von Kassel ist ein besonderer Zug zur fahrplanmäßigen Zeit nach Berlin abgefahren worden.

Bremen, 14. Dez. Die Rettungsstation Neuwalddorf der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 13. Dezember von dem auf dem Oststrand von Spiekeroog gestrandeten englischen Dampfer „Verona“, Kapitän Stark, 7 Personen durch das Rettungsboot „Frauenlob“ gerettet. Sturm aus NW, Rettungsboot 12 Stunden unterwegs.

Wien, 13. Dez. Der Verwaltungsrat der Donau-Bodensee-Eisenbahn genehmigte den Fusionssplan mit der Prag-Dux-Bahn und beschloß die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zum 29. d. M.

Bpest, 14. Dez. In Folge des gestrigen Renncontres im Unterhause fand heute zwischen den Abgeordneten Hoffy und Almasy ein Pistolenduell mit zweimaligem Kugelwechsel statt. Beide Gegner wurden gestreift. Morgen soll ein Duell zwischen den Abgeordneten Hermann und Almasy stattfinden.

Paris, 14. Dez. (Telegramm

Wasserstand der Wärthe.
Posen, am 14. Dezember Morgens 0,96 Meter.
: : 14. : Mittags 0,95 :
: : 15. : Morgens 1,02 :

hatten übrigens stark befestigte Positionen in den Forts und am Flusse. Von Goutte und Hartman zeigen ihm keine Nachrichten über die angeblichen Ereignisse in Suez zugegangen. Die bestreitende Meldung des „Standard“ beruhe auf Gerüchten.

Brüssel, 14. Dez. In dem Berichte der Zentralsektion der Kammer wird konstatiert, daß die Regierung in der gegenwärtigen Session noch den Gesetzentwurf über die Errichtung einer Nationalreserve vorlegen werde.

Barcelona, 14. Dez. Der deutsche Kronprinz ist um 1 Uhr Nachmittags hier eingetroffen und enthusiastisch empfangen worden. Von dem Bahnhof fuhr der Kronprinz in einer à la Daumont bespannten, geschlossenen Equipage ohne Eskorte mit dem Generalkapitän nach dem Palast des letzteren. General v. Blumenthal, Generaladjutant v. Löß und der Präfekt folgten in einem zweiten Wagen. Die zum Empfang aufgestellten Truppen blieben in der Umgebung des Bahnhofs. Ein Spalierbilben der Truppen war auf Wunsch des Kronprinzen unterblieben. Zu dem Déjeuner, welches um 3 Uhr stattfinden soll, sind die Spitzen der Behörden geladen. — Das Wetter ist heiterlich.

Barcelona, 14. Dez., Nachmitt. Der deutsche Kronprinz hat in Folge eines von Berlin eingegangenen Telegrammes seinen Aufenthalt hier abgesetzt und wird noch heute die Rückreise antreten. Das deutsche Geschwader macht sich segelfertig.

London, 14. Dez. Die „Pall Mall Gazette“ bemerkt auf Grund amtlicher Informationen die Meldung der „Polit. Korresp.“, daß der englische Generalkonsul Baring in Kairo in einem Berichte an das englische auswärtige Amt die Egypter für vollständig unfähig, sich selbst zu regieren, erklärt und ein englisches Protektorat, wie dasselbe von England über mehrere Staaten in Indien ausgelöst werde, als den allein möglichen Ausweg bezeichnet habe; diese Meldung sei ohne jede Begründung.

Rom, 13. Dez. Durch den in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer eingebrachten Antrag Morana's und Del Giudice's wird die Regierung ermächtigt zu bestimmen, daß solche Kupons der konsolidirten italienischen Anleihe, welche gegenwärtig in Paris und London eingelöst werden, auch in Berlin bezahlt werden können.

Genua, 14. Dez. Das zum Empfang und zur Vergrößerung des deutschen Kronprinzen hierher beordnete italienische Geschwader unter dem Befehle des Geschwaderkommandanten Mantese ist hier eingetroffen. — Auf Befehl des Königs werden sich der erste Ceremonienmeister, Graf Gianotti, der Generaladjutant General Garava und der Flügeladjutant Oberst Gasati nach Genua begeben, um den deutschen Kronprinzen bei seiner Ankunft zu empfangen und nach Rom zu geleiten.

Petersburg, 14. Dez. Der „Regierungsanzeiger“ entgegnet in aufführlichen Darlegungen auf die von der Katlowischen „Moskauer Zeitung“ betreffs der Opportunität und des Zwecks der Emission der letzten russischen Goldrente erhobenen Einwendungen und sagt schließlich, der Zweck der Emission sei in dem kaiserlichen Uras genau präzisiert; auch habe sich die Regierung das Recht der Konkurrenz der 6-prozentigen Rente vorbehalten und könne nach Ablauf von zehn Jahren auf eine Herabsetzung des Prozentsatzes rechnen.

Belgrad, 14. Dez. General Joremovic ist gestern mit einem Bataillon Infanterie und zwei Bataillonen Pioniere aus Alezincac zurückgekehrt. Die erste Klasse der Reserve ist heute entlassen worden.

Newyork, 13. Dez. Nach einer hier eingegangenen Depeche des „Newyork Herald“ aus Hongkong vom 12. d. sind alle Vorbereitungen getroffen worden, um Canton in Vertheidigungszustand zu setzen, doch glaube man, daß die Forts einem fortgesetzten Bombardement nicht würden widerstehen können. Es treffen fortwährend Truppen aus dem Norben ein; am 12. d. passirten 1600 Mann Hongkong. Mandarinen der höheren Rangklassen erklärten, daß China die Fremden um jeden Preis schützen würde. Am 11. traf in Hongkong ein englischer Admiral ein, welcher das gesammte englische Geschwader für alle Eventualitäten in Stand setzen ließ.

Triest, 14. Dez. Der Lloydampfer „Helene“ ist gestern aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Paris, 15. Dez. Die Kammer lehnte gestern mit 325 gegen 191 Stimmen den Antrag Raspails auf Aufhebung der französischen Botschaft beim Balkan ab und genehmigte das Budget des Auswärtigen. — Sämtliche Mitglieder der für den Konkredit eingesetzten Senatskommission sind für Bewilligung des Krebits. — Der Senator, Historiker Henry Martin, ist gestorben.

London, 15. Dez. Das Parlament ist auf den 5. Febr. i. J. einberufen.

Barcelona, 15. Dez. Der Kronprinz hat sich nach herzlicher Verabschiedung von seiner bisherigen Begleitung und den hiesigen Behörden gestern Abend um 5½ Uhr zur Rückreise eingeschifft. Die Bevölkerung empfing den Kronprinzen bei seiner Ankunft und bei der Fahrt durch die Stadt überaus ehrfürchtig; und begleitete denselben bis zum Einschiffungsort mit sympathischen Kundgebungen. Die meisten Häuser waren geschmückt; einige Hundert Deutsche brachten dem Kronprinzen bei dessen Ankunft auf dem Bahnhofe stürmische Hochrufe aus.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Notizen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. Grad.
14. Nachm. 2	746,4	SW mäßig	bedeckt 1)	+ 6,8
14. Monds. 10	741,7	SW schwach	bedeckt Reg.	+ 7,2
15. Morgs. 6	742,5	W lebhaft	heiter	+ 4,8

1) Regenhöhe: 1,4 mm.

Am 14. Wärme-Maximum: + 7°5 Grad.

Wärme-Minimum: + 1°0

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. Dez. (Schluß-Course.) Rubig.
Börs. Wechsel 20,375. Pariser do. 80,75. Wiener do. 168,35. R. & W. S. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 107. R. & R. Br. Anth. 125. Reichsanl. 101. Neidebant 149. Darmst. 153. Meining. St. 93. Del. ung. Bank 702,00. Kreditattien 237. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 83. Ung. Goldrente 73. 1860er Loope 117. 1864er Loope 308,80. Ung. Staatsl. 222,80. do. Ostb.-Obl. II. 96. Böh. Westbahn 256. Elisabethb. —. Nordwestbahn 154. Galizier 244. Franzosen 263. Lombarden 116. Italiener 90. 1877er Russen 89. 1880er Russen 71. II. Orientali. 55. Bentr. Pacific 109. Distonto-Kommandit —. III. Orientali. 56. Wiener Bankverein 87. 51 österreichische Papierrente —. Buschtrader —. Egypt 64. Gotthardbahn 94. Türken 9. Edison 110. Lubec. Bischener 157. Roth. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 237. Franzosen 263. Galizier 245. Lombarden 116. II. Orientali. —. III. Orientali. —. 1880er Russen —.

Wien, 14. Dez. (Schluß-Course.) Geschäftsslos.

Papierrente 79,20. Silberrente 79,75. Österreich. Goldrente 98,65. 6proz. ungarische Goldrente 120,50. 4-proz. ung. Goldrente 87,65. 5proz. ungar. Papierrente 85,30. 1854er Loope 121,25. 1860er Loope 134,50. 1864er Loope 167,00. Kreditloose 173,00. ungar. Prämien 114,00. Kreditattien 282,30. Franzosen 311,60. Lombarden 139,25. Galizier 290,00. Kasch.-Oderb. 145,50. Verdubitzer 146,00. Nordwestbahn 184,00. Elisabethbahn 224,00. Nordbahn 249,00. Österreich. Ung. Bank —. Türk. Loope —. Unionbank 107,00. Anglo-Austr. 107,25. Wiener Bankverein 103,90. Ungar. Kredit 281,25. Deutsche Bläse 59,40. Londoner Wechsel 121,00. Pariser do. 47,97. Amsterdamer do. 99,85. Napoleons 9,61. Dukaten 5,71. Silber 100,00. Marknoten 59,40. Russische Banknoten 1,17. Lemberg-Ezernowiz —. Kronpr.-Rudolf 175,25. Franz-Josef —. Durbodenbach —. Böh. Westb. —. Elbthalb. 194,25. Tramway 217,75. Buschtrader —. Österreich. 5proz. Papier 93,85.

Nachbörs: Ungar. Kreditattien —. österreich. Kreditattien 832. Franzosen —. Lombarden —. österr. Papierrente —. Silberrente —. 4proz. ungar. Goldrente —. Galizier —. Elbthalbahn —. Nordbahn 2512,50. 5proz. österr. Papierrente —.

Wien, 14. Dez. (Abendbörsie.) Ungarische Kredit - Aktien 283,00. österreichische Kreditattien 283,90. Franzosen 312,00. Lombarden 139,60. Galizier 290,75. Nordwestbahn 184,50. Elbthalb 194,50. österr. Papierrente 79,20. do. Goldrente 98,70. ungar. 6 p. St. Goldrente 120,50. do. 4 p. St. Goldrente 87,75. do. 5 p. St. Papierrente 85,90. Marknoten 59,32. Napoleons 9,60. Bankverein 103,90. Auf Platzläufe sehr fest.

Paris, 14. Dez. (Schluß-Course.) Schwach.

3 proz. amortisirb. Rente 77,55. 3 prozent. 76,15. 4 proz. Rente

Anleihe 106,42. Ital. 5 proz. Rente 91,00. Österreich. Goldrente 82. 5 proz. ungar. Goldrente —. 4 proz. ungar. Goldrente 74.

5 proz. Russen de 1877 93. Franzosen 657,50. Lombard. Eisenbahn-Alten 302,50. Lombard. Prioritäten 294,00. Türken do. 1865 8,87. Türkenloose 41,00. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier. Spanier neue 56. 1. Suezkanal - Aktien 1935. Banque ottomane 630. Credit foncier 1185,00. Egypt 317,00. Banque de Paris 796. Banque d'escompte 506,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,21. 5proz. Rumänische Anleihe —.

Foncier Egyptien 515,00.

Paris, 13. Dez. (Boulevard-Bericht.) 3 proz. Rente 76,62.

4 p. St. Anleihe 105,77. österr. Goldrente —. Italiener 91,02.

Türken 8,75. Türkenloose —. Spanier 56,1. Egypt 319,00. Ungar. Goldrente —. Lombarden —. Banque ottomane 636,00. Franzosen —. Behauptet.

Florenz, 14. Dez. 5p. St. Italien. Rente 91,97. Gold —.

Petersburg, 14. Dez. Wechsel auf London 23,11. II. Orient. Anleihe 91. III. Orientanleihe 91. Privatdiskont 6 p. St. Neue Goldrente 160.

London, 14. Dez. Consols 101. Italien. 5prozentige Rente 90. Lombarden 12. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue 11. 5proz. Russen de 1871 85. 5proz. Russen de 1872 84. 5proz. Russen de 1873 84. 5proz. Türk. de 1865 8. 4proz. jundire Amerik. 126. Österreichische Silberrente 67. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 74. Österreich. Goldrente 82. Spanier 56. Egypt 319,00. Ottomank 15. Preuß. 4proz. Consols 101. Rubig.

Suez-Aktien 78.

Silber —.

Wechselnotirungen: Deutsche Bläse 20,60. Wien 12,24. Paris 25,42. Petersburg 22.

London, 14. Dez. Preuß. Consols 101. Consols 100. Türk. 8. 1873er Russen 84. 6 p. St. ungar. Goldrente —. 4 p. St. ungar. Goldrente 74. Egypt 63. Ottomank 15. Silber —. Lombarden 12. Suezaktien —. Fest. —. Wetter: Milde.

Produkten-Kurz.

Köln, 14. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,25.

fremder loco 19,50. per Dezember —. per März 18,50. Mai 18,95.

Roggen loco hies. 15,25. per Dez. —. per März 14,30. per Mai 14,65.

Hafser loco 14,25. Rüböl loco 35,70. per Mai 34,70.

Bremen, 14. Dez. (Debr. Petroleum (Schlußbericht) fest.

Standard white loco 8,60 bez. per Jan. 8,70 Br. per Febr. 8,85 Br. per März 8,95 Br. per April 9,05 Br.

Hamburg, 14. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert.

auf Termine matt. per Dez. 179,00 Br. 178,00 Gb. per April-Mai

186,00 Br. 185,00 Mark Gb. — Roggen loco unv. auf Termine matt. per Dez. 137,00 Br. 136,00 Gb. per April-Mai 142,00 Br.

141,00 Br. — Hafser u. Gerste unverändert. Rüböl fest. loco 67,50. per Mai 67,00. — Spiritus fest. per Dez. 40,2 Br. per Febr. 39,2 Br. per Jan. 40,2 Br. per Febr. 40,2 Br. per April-Mai 40,2 Br.

— Kaffee ruhig. geringer Umlauf. — Petroleum fest. Standard white loco 8,80 Br. 8,75 Gb. per Dez. 8,75 Gb. per Jan. März 8,90 Gb. Wetter: Rogen.

Wien, 14. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen per Dez. 9,95 Gb.

10,00 Br. per Frühjahr 10,37 Gb. 10,42 Br. — Roggen per

Dez. — Br. per Frühjahr 8,50 Gb. 8,55 Br. Mais per Dez. — Gb. — Br. per Mai-Juni 7,10 Gb. 7,15 Br. Hafser per Dez. — Gb. — Br. Frühjahr 7,50 Gb. 7,55 Br.

— Fest. — Wetter: Milde.

Antwerpen, 14. Dez. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinerie, Type weiß, loco 22 bez. u. Br. per Jan. 22 Br. per Febr. 22 Br. per März 22 Br. Rubig.

London, 14. Dez. An der Küste angeboten 4 Weizenladungen.

Wetter: Trübe.

Amsterdam, 14. Dez. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen

auf Termine niedriger. per März 259. Roggen loco höher. auf Ter-

mine unverändert. per März 162. per Mai 164. — Rüböl loco 384.

per Mai 388. per Herbst —.

Petersburg, 14. Dez. (Probullenmarkt.) Talg loco 71,00.

per August 70,00. Weizen loco 13,00. Roggen loco 9,10. Hafser loco 4,00. Hanf loco —. Seinsaat (9 Pub) loco 14,75. Brost.

L

